

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Berbergasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., aufwärts 1 Thlr. 30 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Kretzschmar, Kurstraße 50, in Leipzig: Heinrich Häbner, in Altona: Haackstein u. Bogler, in Hamburg: J. Tarkheim und J. Schöneberg.

Danziger Zeitung.



Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angelommen 11. März, Abends 6 1/2 Uhr.

Berlin, 11. März. Im Abgeordnetenhaus wurde ein Schreiben des Ministerpräsidenten an den Präsidenten des Senats verlesen, in welchem der Erstere auf Befehl des Königs die 3 Präsidenten des Senats und 14 Abgeordnete zur Grundsteinlegung des Denkmals für Friedrich Wilhelm III. am 17. März einladet. Die 14 Mitglieder wurden sofort ausgelost.

Angelommen 11. März, 8 Uhr Abends.

Berlin, 11. März. Der „Staats-Anzeiger“ erklärt in seinem nichtamtlichen Theile folgende Nachrichten für erfinden: Die der „Opin. national“ vom 9. März, betreffend den Inhalt der preussisch-russischen Convention vom 8. Februar; die des „Moniteur“, betreffend die Interpellation an den preussischen Bundestagsgesandten über die nachtheiligen Folgen der Convention für den deutschen Bund. Das Blatt sagt ferner, nur eine Großmacht, England, habe die Form einer Depesche gewählt, um ihre Bedenken in freundschaftlicher Weise auszusprechen; von mündlichen Vorstellungen, welche neben Frankreich und Oesterreich andere deutsche oder nichtdeutsche Staaten hier erhoben haben sollten, sei der preussischen Regierung nichts bekannt geworden.

New-York, 28. Februar. Nach einem Gerüchte werden 5000 von Weißen angeführte Neger nächstens eine Expedition nach den bevölkerten Districten des Südens machen, um die Plantagen-Neger zu den Waffen zu rufen; man glaubt, daß diese letzteren die Expedition erwarten. Ein ferneres Gerücht besagt, daß der Congreß vor seiner Trennung den Präsidenten Lincoln befragen werde, welche Politik er in einem Vermittlungsfalle zu verfolgen gedenke. Das Conscriptioensgesetz hat den Congreß passiert. Bis zum 20. Februar hat weder auf Charleston noch auf Vicksburg ein Angriff stattgefunden. Ein Journal des Südens behauptet, zwei Dampfer seien ohne Schwierigkeit zu Charleston eingetroffen, mithin sei die Blockade thatsächlich aufgehoben.

Angelommen 11 März, 9 1/2 Uhr Abends.

Leipzig, 11. März. Verbürgte Privatnachrichten melden, daß Langiewicz sich gestern in Folge Beschlusses des Central-Comités als Dictator proclamirt hat. Als Adjuvant seien demselben Wisocki und für Civilsachen Bentkowski beigegeben worden.

Das Recht der Vorbautenbesitzer nach der Danziger Willkür.

(Schluß.)

Man könnte einwenden, daß es sogenannte gesetzliche Servituten gäbe, die ohne Constituirung durch ein Rechtsgeschäft unmittelbar aus dem Gesetz hergeleitet würden. Es würde indeß eine kürzliche Anschauung von der Entstehung des gesetzlichen Rechts verrathen, wenn man annähme, diese Eigenthumsbeschränkungen zu Gunsten des Nachbarn beruheten wirklich auf einer Privatrechtsverhältnisse modifizirenden Anordnung des Gesetzgebers. Dieselben bestanden vielmehr längst, bevor der Gesetzgeber sie sanctionirte, in der Uebung und dem allgemeinen Rechtsbewußtsein. Daß ein Gesetzgeber jemals in der Weise in die bestehenden Rechtsverhältnisse eingegriffen hätte, wie es durch Constituirung eines Superficies geschehen würde, davon möchte sich kein Beispiel finden. Wenigstens seien reformirende Gesetze, welche wie die Aufhebung des Jagdrechts, der Leibeigenschaft, der Feudalrechte direct Privatrechte modifiziren, stets voraus, daß das Rechtsbewußtsein des Volkes ihnen bereits vorangeschritten sei. Als Regel wird man also unabweislich festhalten müssen, daß Gesetze nicht den Zweck haben, bestimmte Privatrechte von einem Rechtssubject auf das andere zu übertragen.

Prüft man hiernach die Bestimmungen der Danziger Willkür, durch welche nach der Ansicht des Klägers plötzlich ein großer Theil des Fundus der Stadt an Privatpersonen veräußert sein soll, so stellen sich dieselben als Polizeigesetze über die Benutzung der öffentlichen Straße heraus, als Anweisungen an die Polizeibehörden, inwieweit dieselben ferner beauftragt und verpflichtet sein sollten, gegen Uebergriffe der Hausbesitzer in Betreff der Benutzung des Bürgersteiges Rücksicht zu üben. Dabei wird ausdrücklich hervorgehoben, daß den Privaten ein Recht, Vorbauten auf dem Bürgersteige zu haben, nicht zustehe, daß sie sich vielmehr durch Errichtung derselben wider alles Recht den Fundus der Stadt gleichsam zu eigen gemacht hätten. Die bisher bestehende Polizeivorschrift, daß alle solche Vorbauten abgebrochen werden sollten, wird als eine dem Recht vollkommen entsprechende anerkannt, indeß aus besonderer Rücksicht auf die Nothwendigkeit der Privaten angeordnet, daß von jener Regel unter genau begrenzten Bedingungen Ausnahmen zugelassen werden sollten.

Diesem Polizeigesetz will nun Kläger dieselbe rechtliche Wirkung beilegen, als wenn die Stadtregierung den einzelnen Hausbesitzern durch Vertrag oder Verleihung eines eigentlichen Privilegii das Recht der Superficies einge-

räumt, d. h. ihnen ein dem Eigenthum naheliegendes dingliches Recht an dem Bürgersteige übertragen hätte. Fügen solche Verträge vor, so würde deren Abhalt für den Umfang und die Dauer des eingeräumten Rechtes maßgebend sein. Unter den vorliegenden Umständen würde, da durchaus keine Verpflichtung für die Stadt vorlag, aus Rücksicht für die Bedürfnisse Einzelner öffentliches Eigenthum fortzuschicken, die Vermuthung dafür sprechen, daß jene Rechte nur precario d. h. auf willkürlichen Widerruf eingeräumt seien, und sicherlich würden dergleichen Urkunden die übliche Clausel „ad bene placitum“ enthalten. Zur Ausnahme irgend eines Vorbehalts der Art in das vorliegende Polizeigesetz hatte der Gesetzgeber dagegen nicht die geringste Veranlassung, weil die Möglichkeit ausgeschlossen war, daß die Stadt jemals dadurch benachtheiligt werden konnte, da es sich ganz von selbst verstand, daß der Gesetzgeber es jeden Augenblick modificiren konnte und daß die Staatsgewalt im Fall eines Gebots des öffentlichen Interesses vermöge des jus eminens berechtigt war, auch im Einzelnen die gewährte Rücksicht zurückzunehmen, ohne zu einer Entschädigungsleistung verpflichtet zu sein, da Privatrechte irgend welcher Art dadurch nicht begründet waren.

Zum Erlaß eines in der vom Kläger behaupteten Weise reformirenden Gesetzes bot ein Widerspruch zwischen den bestehenden Rechtsverhältnissen und dem allgemeinen Rechtsbewußtsein keine Veranlassung. Die bloße Rücksicht auf das Bedürfnis Einzelner konnte es wohl rechtfertigen, gegen einen factisch bestehenden widerrechtlichen Zustand Rücksicht zu üben, soweit es das öffentliche Interesse irgend gestattete, nimmermehr aber, das öffentliche Interesse jenem Bedürfnis aufzuopfern, indem man Einzelnen dingliche Rechte an einem großen Theil des Areals der Stadt derart einräumte, daß diese im Fall des Eintritts eines öffentlichen Bedürfnisses genöthigt wurde, ihr Eigenthum durch Leistung enormer Entschädigungen zurückzukaufen. Das wäre vielmehr eine wider sinnige und gewiß beispiellose Verschleuderung des öffentlichen Eigenthums gewesen.

Wenn in der Willkür geschrieben stände, das Eigenthum der Stadt am Bürgersteige und die daraus abgeleitete Vorschrift, daß die auf demselben errichteten Vorbauten abgebrochen werden sollen, stehe mit dem allgemeinen Rechtsbewußtsein so sehr im Widerspruch, daß eine Modificirung dieser Rechtsverhältnisse geboten erscheine, das Eigenthum der Stadt solle daher von nun ab beschränkt und den Hausbesitzern das Recht zugestanden werden, Gebäude auf dem Bürgersteige zu haben, dann könnte man allenfalls behaupten, daß das Gesetz das Dasein binglicher Privatrechte sanctionirt habe. Der Gesetzgeber sagt aber gerade umgekehrt, daß ein anerkannt widerrechtlicher Zustand ausnahmsweise aus besonderer Rücksicht auch ferner noch gebuldet werden solle.

Als Resultat ist kurz zu registriren: Nach der Danziger Willkür sollen Vorbauten unter gewissen Bedingungen auf dem Bürgersteige gebuldet werden. Die Polizeibehörden handeln daher gesetzwidrig, wenn sie sich in ihren Verfügungen nach diesen Vorschriften nicht richten. Ein Eingriff in diese bestehende Rechtsordnung kann nur durch ein überwiegendes öffentliches Interesse gerechtfertigt werden. Das Recht der Vorbautenbesitzer ist aber kein wohl erworbenes Privatrecht, namentlich nicht das dingliche Recht der Superficies am Bürgersteige. Der Rechtsweg findet daher bei einem Eingriff in dieses Recht niemals statt, weder direct gegen die Siltigkeit der betreffenden Verfügung noch auf Entschädigung, vielmehr steht nur eine Beschwerde bei den vorgesetzten Verwaltungsbehörden offen, bei deren Entscheidung es bewendet.

Deutschland.

— Die 4. Deputation des Criminalgerichts (Vorsitzender Stadtgerichtsrath Bielsch) verhandelte zwei Preßprozesse. Der Redacteur des „Fortschritts“, Ludwig Walewode, ist aus § 97 des Preßgesetzes in Verbindung mit § 101 des Strafgesetzbuchs der Schmähung und Verhöhnung der Staatsregierung angeklagt. Grund zu dieser Anklage giebt die politische Wochenschau in Nr. 39 des Fortschritts. In diesem Artikel heißt es: „Die freie Volkspresse würde sich gerade des Verraths am Vaterlande schuldig machen, wenn sie nicht fort und immerfort darauf hinwiese, daß die gegenwärtige Staatsraison — um uns dieses euphemistischen Wortes für etwas Unfassbares zu bedienen — Preußen an Ehren und Würden täglich ärmer macht, es demüthigt und an den Rand des Abgrunds führt, aus dem vielleicht keine Wiederkehr möglich ist. Es ist hohe Zeit, daß Preußen aus dem Schwindel der Reaction wieder zu sich selbst kommt, damit der Jahrestag der Volkserhebung, wie des Hübterburger Friedens sich nicht ihres Ursprungs zu schämen haben.“ Staatsanwalt Goltz beantragte eine Geldbuße von 150 Thlr. event. 3 Monate Gefängnißstrafe. Der Angeklagte führte seine Vertheidigung selbst. Die Artikel 101 und 102 des Strafgesetzbuchs würden so oft citirt, daß die Worte von Haß und Verachtung gerade so mundrecht würden, wie eine kirchliche Liturgie. Es gebe aber einen Artikel 27 in der Verfassung, der der Staatsanwaltschaft weniger geläufig sei: „Jeder Preuße hat das Recht, durch Wort, Druck, Schrift und bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern. Die Censur darf nicht eingeführt werden u. s. w.“ Factisch habe man diese Censur, dies seien die vielen Preßprozesse. Glaube der Staatsanwalt etwa, der Art. 27 der Verfassung sei zum Schutz desjenigen Theils der Presse geschrieben, der immer mit der Regierung übereinstimme? Dieser Theil der Presse bedürfe des Schutzes nicht, denn er werde nicht belästigt. Der Schutz sei für die Opposition. An diesem einen Paragraphen halte er sich, um zu beweisen, daß der Artikel nichts mehr gesagt habe, als was

er sagen durfte. Es gebe allerdings eine Grenze der Preßfreiheit, aber diese sei hier nicht überschritten. Der Gerichtshof nehme hier ganz die Stelle von Geschworenen ein, und er habe die Ueberzeugung, daß derselbe die Freiheit der Presse innerhalb der bestimmten Grenzen schützen werde. Der Gerichtshof erkannte auf Nichtschuldig und auf die Freigabe der mit Beschlagnahme belegten Nummern des Blattes, indem er annahm, daß zwar unter dem Worte „Staatsraison“ das gegenwärtige Ministerium in Bezug auf sein System gemeint sei, daß aber bei der Kritik dieses Systems ein Vergehen gegen Art. 101 des Strafgesetzbuchs nicht vorliege, da das System keine Anordnung der Obrigkeit sei. — Der zweite Prozeß war gerichtet gegen den Redacteur der „Abendzeitung“, Thieme. Die Anklage gründet sich auf den Leitartikel in Nr. 13 der „Berliner Abendzeitung“, in welchem von der Bestrafung der Beamten durch Versetzungen, von Qualereien der Presse durch Beschlagnahme u. s. w. die Rede ist. Auch hier erklärt der Gerichtshof gegen den Angeklagten das „Nichtschuldig.“

Hannover, 9. März. Der König hat das Gnaden-gesuch des Generals v. Hedemann abgeschlagen. In Folge dessen ist diesen Vormittag in Gegenwart einer Anzahl Offiziere die Cassation des Generals im großen Saale des Militärhospitals vorgenommen worden. Diese Nacht wird Herr v. Hedemann zum Antritt seiner Strafe in das Zuchthaus nach Celle abgeführt. — Das Cultusministerium hat neuerdings ein Rescript über die Taufelentsagung bei der Taufe erlassen, das zu den wunderbarsten Expectorationen neuer ministerieller Halbheit gehört. Es wird in dem Rescript die Existenz des Teufels vom Cultusministerium mit eben so salbungsvollen als mysteriösen Worten anerkannt und die Formel der Taufelentsagung bei der Taufe für durchaus rechtsbeständig erklärt; doch soll den Eltern, welche ihr Kind nicht mit dieser Formel taufen lassen wollen, gestattet werden, sich wegen Vollziehung des Taufacts an einen andern Geistlichen zu wenden.

Danzig, den 12. März.

* [Stadtverordneten-Versammlung am 10. März.] (Schluß.) Schließlich macht der Herr Vorsitzende Mittheilung von einer Eingabe mehrerer Hausbewohner am Heumarkt, welche Beschwerde darüber führen, daß von den städtischen Behörden die Erlaubniß gegeben, daß im nächsten Monate ein Circus auf dem Heumarkt erbaut werden und mehrere Monate stehen bleiben solle. Die Bewohner des Platzes zählen eine Reihe von Belästigungen auf, welche ihnen daraus erwachsen, und sie ersuchen die Stadtverordneten-Versammlung, die Genehmigung zur Verpachtung des Platzes nicht zu erteilen. Die Versammlung beschließt, da inzwischen bekannt geworden, daß die Verpachtung des Platzes durch den Magistrat ohne Genehmigung der Stadtverordneten stattgefunden habe, sofort in die Discussion über diese Angelegenheit einzutreten. Herr Dr. Liebin erhebt dagegen Widerspruch, da es nach der Geschäftsordnung unzulässig sei. Der Gegenstand befinde sich weder auf der Tagesordnung, noch sei vor der Tagesordnung ein Antrag eines Mitgliedes der Versammlung in Bezug auf denselben eingebracht. Die Versammlung dagegen beschließt, über die Angelegenheit wegen ihrer Dringlichkeit sofort zu verhandeln. Nachdem der Magistrats-Comm. Hr. Stadtrath Strauß erklärt, daß die Verpachtung des Platzes allerdings stattgefunden, daß der Magistrat sich hierzu auch für berechtigt gehalten habe, da die Principien, nach denen eine solche Verpachtung stattfindet, ein für all mal unter Zustimmung der Stadtverordneten festgestellt seien, erklärten sich die Herren Biber, F. E. Krüger und Jében als übereinstimmend dahin, daß der Magistrat in keinem Falle berechtigt sei, eine Disposition über einen Theil des städtischen Eigenthums ohne vorherige Anfrage bei der Versammlung zu treffen. Die Beschlußfassung über diese Angelegenheit wird schließlich bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Marienburg, 9. März. Herr Ködner aus Danzig hielt in der gestrigen politischen Versammlung einen Vortrag über die polnische Frage und das Verhalten unseres Ministeriums und des Abgeordnetenhauses in derselben. Durch Erheben von den Plätzen wurde von der zahlreichen Versammlung dem Abgeordnetenhaus ein Dank votirt und beschlossen, eine Zustimmungs-Adresse dem Hause zu übersenden.

Stadt-Theater.

*** Frä. Albina di Rhona producirt in der gestrigen Darstellung drei Nationaltänze, einen spanischen, einen schottischen und einen serbischen, von denen uns besonders die beiden letzteren ansprachen. Es handelt sich hier beim Dighland fling wie bei der slawischen Mazurka, um die Realisirung des eigentlichen Volkstanzes, und die Künstlerin vermag es bei der ihr eigenen Amuth und dem netischen Humor die originellen, oft höchst capriciösen Formen des Tanzes und zugleich die Gesetze der Grazie strenge einzuhalten. — Daneben wurden zwei französische Lustspiele aufgeführt. Das erste, von Moser bearbeitet: „Ich werde mir den Major einladen“, ist wenigstens erträglich; das zweite jedoch „Ein Blatt Papier“ ist von einer solchen Gedehtheit und von solchem Ungeschmack der Bearbeitung, daß es trotz aller Anstrengung der Darsteller und trotz aller decorativen Bemühungen tödtlich langweilen muß. Wenn die Regie sich entschließen wollte, alle dem Bearbeiter geistreich erscheinende Neben erbar-mungslos zu streichen und so das Ganze auf den dritten Theil der Zeit zu reduciren, so würde man vielleicht von der eigenthümlichen Moral und den fabelhaften Schicksalen des verhängnißvollen Stückes Papier absehen und sich durch die komischen Situationen unterhalten lassen.

Verantwortlicher Redacteur S. Kiepert in Danzig.

